

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht“ (kodifizierte Fassung)

KOM(2008) 98 endg. — 2008/0049 (COD)

(2008/C 224/08)

Der Rat beschloss am 22. April 2008, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 95 des EG-Vertrags um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

„Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht“ (kodifizierte Fassung)

Da der Ausschuss dem Inhalt des Vorschlags vollkommen zustimmt und keine Bemerkungen dazu vorzubringen hat, beschloss er auf seiner 445. Plenartagung am 28./29. Mai 2008 (Sitzung vom 29. Mai) mit 80 Ja-Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen, eine befürwortende Stellungnahme zu diesem Vorschlag abzugeben.

Brüssel, den 29. Mai 2008

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Dimitris DIMITRIADIS

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Grünbuch: Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“

KOM(2007) 551 endg.

(2008/C 224/09)

Die Europäische Kommission beschloss am 25. September 2007, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 262 des EG-Vertrags um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

„Grünbuch: Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft nahm ihre Stellungnahme am 8. Mai 2008 an. Berichterstatter war Herr HERNÁNDEZ BATALER, Mitberichterstatter Herr BARBADILLO LÓPEZ.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 445. Plenartagung am 28./29. Mai 2008 (Sitzung vom 29. Mai) einstimmig folgende Stellungnahme:

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1 Im Bereich der Politik für städtische Mobilität müssen Prioritäten insbesondere hinsichtlich der Stadtplanung, der Informationsgesellschaft und der IKT, der bewährten Verfahrensweisen vor allem bei der Einrichtung von Fußgänger- und Fahrradzonen und der Einführung eines integrierten Infrastrukturkonzepts aufgestellt werden.

1.2 Der EWSA unterstützt die Kommission und hofft, dass sie Gemeinschaftsmaßnahmen zur Förderung der Mobilität und allem voran eines kollektiven Verkehrs, der einen hohen Quali-

tätsstandard und den Nutzern ein hohes Schutzniveau bietet, anstoßen wird, die Fahrradfahren und Zufußgehen begünstigen.

1.3 Dazu sind eine geeignete und kompakte Stadtplanung und eine Begrenzung der Nachfrage nach motorisiertem Individualverkehr anhand eines kohärenten und vernünftigen Raumordnungs- und Stadtplanungskonzepts erforderlich.

1.4 Unabhängig von der Annahme anderer Maßnahmen sollten die Richtlinien 85/377/EWG und 2001/42/EG im Sinne der in dieser Stellungnahme vorgetragenen Bemerkungen geändert werden.